



**F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n**

**"Bremen und Bremerhaven zukunftsfest gestalten - sicher, sozial  
und ökologisch"**

**Regierungserklärung des  
Präsidenten des Senats,  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,  
abgegeben vor der  
Bremischen Bürgerschaft  
am 6. September 2023**



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
die Bürgerinnen und Bürger haben bei der Bürgerschaftswahl im Mai der  
Regierung aus SPD, Grünen und Linken erneut das Vertrauen ausgesprochen.  
Deshalb stehe ich heute hier vor Ihnen, um die erste Regierungserklärung in  
dieser Legislaturperiode abzugeben.

Die vergangenen vier Jahre waren geprägt von enormen Herausforderungen: erst  
die Corona-Pandemie, dann der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der in  
vielen europäischen Ländern eine schwere Energiekrise ausgelöst und  
Hunderttausende Menschen zur Flucht gezwungen hat.

Bremen und Bremerhaven sind trotz aller Schwierigkeiten vergleichsweise gut  
durch diese Krisen gekommen. Das können wir Stand heute sagen - und das  
macht mich stolz.

- Das zeigt sich in einem robusten Arbeitsmarkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen ist seit dem Jahr 2000 um 20 Prozent gestiegen, allein in den vergangenen zwölf Monaten um mehr als 5.000 Menschen.
- Das zeigt sich in einer wachsenden und jünger werdenden Bevölkerung. Im vergangenen Jahr lebten im Saldo 8.400 mehr Menschen im Land Bremen als noch 2021.
- Das zeigt sich in unserer Industrie, die mit knapp 35 Milliarden Euro aktuell mehr Umsatz macht als im Vor-Corona-Jahr 2019.



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

- Vor allem aber zeigt sich das in der gelebten Solidarität in unseren beiden Städten: In den vergangenen Jahren haben wir in Bremen und Bremerhaven gemeinsam immer wieder unter Beweis gestellt, dass wir füreinander da sind und unsere Welt nicht am eigenen Gartenzaun aufhört.

Nun wird mir niemand der hier Anwesenden widersprechen, wenn ich sage, dass das nur eine Zwischenbilanz ist: Auch in den kommenden Jahren warten große Herausforderungen auf uns. Herausforderungen, auf die wir als Politik und Gesellschaft die richtigen Antworten finden müssen, um die Zukunft für Bremen und Bremerhaven gut gestalten zu können.

Meine Damen und Herren,

Wirtschaft und Arbeit stehen bewusst am Anfang unseres Koalitionsvertrags. Denn eine starke Wirtschaft und gute, fair bezahlte Arbeitsplätze sind die Grundlage für eine positive Entwicklung unseres Bundeslands, für sozialen Zusammenhalt und ein lebenswertes Gemeinwesen.

Im Jahr 2022 wies unser Land preisbereinigt das größte, im Jahr 2021 das zweitgrößte Wirtschaftswachstum aller Bundesländer auf. Diesen Trend wollen wir erhalten und nach Möglichkeit sogar verstärken. Ich weiß, das ist ein sehr anspruchsvolles Ziel, aber wir wollen alles tun um es zu erreichen.

Denn ob Kita-Plätze und gute Schulen, Hilfen in der Pandemie und der Energiekrise, Unterstützung für den Sport und die Kultur, Förderung von Forschung und Lehre und vieles, vieles mehr – alles das können wir nur mit einer starken Wirtschaft, vielen Beschäftigten und guten Löhnen finanzieren.



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

Wirtschaft und Arbeit sind die materielle Grundlage einer lebenswerten Stadtgesellschaft sowie eines leistungsfähigen Sozialstaats, der denen helfen kann, die Unterstützung brauchen.

Wenn wir diese materielle Grundlage dauerhaft erhalten und ausbauen wollen, muss es uns gelingen, Ökologie und Ökonomie miteinander in Einklang zu bringen. Wachstum um jeden Preis ist in Zeiten des Klimawandels keine Lösung. Wir wollen qualitatives Wachstum, das umweltverträglich ist und die Lebensbedingungen der Menschen verbessert. Dafür ist diese Koalition angetreten, das ist Ziel der Politik des Senats in den kommenden vier Jahren.

Der Klimawandel verlangt von uns allen – von der Wirtschaft genauso wie von uns als Privatpersonen – dass wir uns in den kommenden Jahren auf Veränderungen einstellen. Und große Herausforderungen erfordern entschlossenes Handeln. Wir müssen diese Veränderung aktiv gestalten, unserer Wirtschaft Perspektive und den Menschen Sicherheit geben. Wir dürfen auf diesem Weg niemanden überfordern, niemanden zurücklassen und wir müssen Zuversicht und Zusammenhalt organisieren.

Der Senat hat deshalb schon in der vergangenen Legislaturperiode gehandelt und die Bereitstellung von 2,5 Milliarden Euro beschlossen, um die notwendige Transformation unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft einen großen Schritt voranzubringen – auf dem Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2038.

Um es ganz deutlich zu sagen: Die für Bremen so wichtige Industrie wird nur dann eine gute Zukunft haben und dauerhaft wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie die Transformation bewältigt, wenn sie auf fossile Energie weitgehend verzichtet und grüne, klimaneutral hergestellte Produkte im Angebot hat.



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

Gelingt diese Transformation nicht, schadet das nicht nur dem Klima, sondern auch der Wirtschaft in unseren beiden Städten.

Dann wären tausende Arbeitsplätze in Gefahr und tausende Familien würde um ihr Einkommen und ihre Existenz fürchten. Das müssen und das werden wir mit aller Macht verhindern!

Und in dieser für Bremen so existenziellen Frage erlaube ich mir daher jetzt auch ein kritisches Wort in Richtung der CDU. Sich in der Enquete an die Spitze der Klimabewegung zu setzen, Forderungen in Milliardenhöhe munter zu propagieren und bei der Umsetzung dann in den juristischen Widerstand zu gehen ist in hohem Maße unglaubwürdig. Sie wissen es ja eigentlich auch besser. Da wo sie regieren, wie zum Beispiel in Berlin, beschreiten sie exakt den Bremer Weg. Ihre angebliche Alternative der Klimaanleihe ist schon deshalb unernsthaft, weil es sich dabei natürlich genauso um Schulden handelt. Wir sind ausgesprochen optimistisch, dass wir vor dem Staatsgerichtshof obsiegen werden, aber sie werden sich ja damit auseinandergesetzt haben, dass eine Verhinderung der Investitionen in die Transformation einen kolossalen Schaden für die Zukunftsfähigkeit Bremens und Bremerhaven, für unsere wirtschaftlichen Grundlagen, für das Klima und für tausende von Arbeitsplätzen bedeuten würde.

Wenn ich von der für Bremen so zentralen Rolle der Industrie spreche, denke ich natürlich an die Automobilindustrie, die Luft- und Raumfahrtindustrie und die Stahlindustrie. Insbesondere die Stahlindustrie ist ja geradezu ein Musterfall für die Probleme aber auch die Chancen der Transformation.

Wir werden die Dekarbonisierung der Stahlproduktion mit einem dreistelligen Millionenbetrag aus dem Landeshaushalt unterstützen. Nicht nur, weil wir damit den Co2-Ausstoß im Land Bremen um 50 Prozent reduzieren können, sondern auch, weil das Stahlwerk andernfalls in einigen Jahren nicht mehr konkurrenzfähig wäre und die Arbeitsplätze in Gefahr wären. Wir bekennen uns damit klar und



## Regierungserklärung von

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte

am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

eindeutig zu unserer Hütte. Wir lassen die Beschäftigten und ihre Familien nicht alleine.

Wir erwarten das übrigens auch von der Bundesregierung. Wir erwarten, dass wir schon in den nächsten Wochen die Zusage aus Berlin erhalten, dass auch der Bund seinen fairen Anteil an den Kosten der Dekarbonisierung übernimmt.

Und wir erwarten, dass der Bund den Übergang – weg von Kohle und Gas, hin zu grünem Wasserstoff – mit einem international konkurrenzfähigen Brückenstrompreis erleichtert. Denn es kann ja nicht sein, dass Bund und Land viele hundert Millionen Euro in die Hand nehmen, um die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-freie Produktion zu unterstützen – und dass dem Stahlwerk auf dem Weg dahin wegen zu hoher Stromkosten die Wettbewerbsfähigkeit verloren geht.

Meine Damen und Herren,

so wichtig die Industrie für Bremen auch ist: Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik darf sich natürlich nicht allein auf Industriepolitik beschränken.

Wir werden auch weiterhin in die Infrastruktur unserer Häfen investieren, zum Beispiel in die Ertüchtigung der Containerkaje und den Bau des für die Energiewende so wichtigen Energy Ports. Mindestens 500 Millionen Euro wird Bremen dafür in den kommenden 10 Jahren in die Hand nehmen, was für unseren Zwei-Städte-Staat ein echter Kraftakt ist.

Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass sich Bundesverkehrsminister Volker Wissing auf dem Kapitänstag am vergangenen Freitag im Bremer Rathaus zur Verantwortung des Bundes bekannt und eine höhere Bundesförderung der Seehäfen in Aussicht gestellt hat. Wir bleiben da – im Schulterschluss mit den norddeutschen Ländern – dran.



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

38 Millionen zahlt der Bund derzeit für alle Seehäfen, zehn davon fließen nach Bremen. Das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, das ist wirklich nicht mehr zeitgemäß, das darf in Zukunft ruhig deutlich mehr sein.

Wir werden die Forschung und Entwicklung am Standort Bremen weiter stärken, denn Innovationen sind der Schlüssel für eine Wirtschaft, die nicht nur reich an Traditionen ist, sondern auch eine gute Zukunft hat. Und dabei fangen wir nicht bei null an. Bremen hat schon jetzt die zweithöchste Forschungs- und Entwicklungsquote unter allen Bundesländern.

Aber wir wollen noch besser werden: Wir werden unsere Universität auf dem Weg zur erneuten Bewerbung als „Exzellenz-Universität“ mit ganzer Kraft unterstützen. Schon jetzt ist Bremen Spitze bei Robotik und Künstlicher Intelligenz, im Leichtbau und der Digitalisierung, beim 3-D-Druck und bei Wasserstoff-Projekten, bei Technologiefirmen und Forschungsinstituten. Wir können ganz selbstbewusst sagen: Wir müssen uns da hinter anderen Technologie-Standorten bestimmt nicht verstecken.

Aber wir dürfen und wir werden aus darauf nicht ausruhen. Auch deshalb, das hat sich dieser Senat fest vorgenommen, werden wir die Unterstützung von Existenzgründungen fortführen und weiter optimieren. Denn oft entstehen wegweisende Neuerungen im Kleinen. Kürzlich hat das Institut der deutschen Wirtschaft Bremen bescheinigt, beim Gründungsgeschehen in innovationsaffinen Branchen Spitze zu sein. Daran wollen wir anknüpfen.





Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

Ein weiterer wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg Bremens und Bremerhavens sind unsere Innenstädte. Der stationäre Einzelhandel hatte es in den vergangenen Jahren nicht leicht und unsere Innenstädte müssen sich anpassen. Weg von reinen Konsumtempeln, hin zu rund um die Uhr lebendigen Quartieren mit einem vielfältigen Nutzungsmix von Handel, Gastronomie, Freizeit, Kultur, Arbeiten und Wohnen. Wir haben viele Projekte vor der Brust, die wir in den kommenden Jahren vorantreiben werden. Neugestaltung Domshof, Umbau Parkhaus Mitte, City-Campus der Uni, Stadtmusikanten- und Literaturhaus – um nur einige zu nennen. Die Besucherzahlen in unseren Innenstädten steigen seit einiger Zeit wieder: Deshalb bin ich zuversichtlich, dass uns auch hier die Transformation gelingen wird.

Meine Damen und Herren,  
eine starke Wirtschaft ist aber nur mit guter, das heißt auch gut bezahlter Arbeit möglich. Beides gehört untrennbar zusammen, das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Denn Wirtschaft ist kein Selbstzweck.

Deswegen wird ein Schwerpunkt dieser Regierung auf dem Kampf gegen die noch immer viel zu hohe Arbeitslosigkeit liegen. Wir werden eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben, um vor allem Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu bieten. Das sind wir nicht nur den Menschen schuldig, das ist auch im Sinne der Wirtschaft, die unter dem zunehmenden Fachkräftemangel leidet.

Wir werden uns weiterhin für einen angemessenen Mindestlohn, und darüber hinaus für mehr Tarifbindung und Mitbestimmung einsetzen. Denn viel zu viele vor allem kleinere und mittlere Unternehmen haben mittlerweile keinen Tarifvertrag und keinen Betriebsrat mehr.

Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und dem Gender Pay Gap entgegenwirken.



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

Wir werden Ausbildungsbetriebe verstärkt unterstützen – auch mit Mitteln aus dem Ausbildungsunterstützungsfonds – und den Aus- und Weiterbildungscampus auf den Weg bringen. Rund 100 Millionen Euro stellt der Senat für diesen Campus zur Verfügung und leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Förderung des Handwerks und der dualen Berufsausbildung.

Meine Damen und Herren,

Wirtschaft und Arbeit bilden die Grundlage dafür, dass Bremen und Bremerhaven eine gute Zukunft als solidarische, vielfältige, kreative, sichere, klimafreundliche, in einem Wort: lebenswerte Städte für alle Menschen haben. Aber diese Zukunft wird sich nicht einfach von alleine einstellen, sie muss hart erarbeitet werden.

- Priorität Nummer 1 hat dabei für uns, dass so schnell wie möglich jedes Kind einen Kita-Platz erhält. Als Grundlage für Teilhabe und gute Entwicklungschancen für alle Kinder, als wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und als Basis für einen guten Start ins Leben auch für die Kinder mit keinen oder geringen Deutschkenntnissen.
- Im Schulbereich müssen wir sowohl die Bildungsqualität verbessern als auch dafür Sorge tragen, dass die Zahl der Schulplätze mit den stark wachsenden Kinderzahlen Schritt hält. Es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder in der Grundschule die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen erlernen.



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

- Wir werden mehr Personal einsetzen, um die Sicherheit und Sauberkeit in den Innenstädten aber auch in den Quartieren zu gewährleisten, denn dies ist eine Grundvoraussetzung für städtische Lebensqualität.
- Wir werden die Integration von Geflüchteten vorantreiben und unsere Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen – und wissen doch, wie sehr das alle Beteiligten fordert angesichts der vielen Frauen, Männer und Kinder, die derzeit bei uns Schutz suchen. Und weil das eine solche Herausforderung ist, möchte ich ganz persönlich und für den Senat eine Bemerkung anschließen:
- Solche Herausforderung bewältigt eine Gesellschaft nur gemeinschaftlich. Hier gilt es Zusammenhalt und nicht Spaltung zu organisieren. Deshalb meine klare Botschaft an alle rechten Kräfte, vermeintliche Alternativen und ähnliche Gruppen: Wir werden keine Form von Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Ausgrenzung und Ressentiments dulden. Dieser Senat wird Hass und Intoleranz keinen Millimeter Raum geben!
- Und ja, wir werden uns beim Bund für eine stärkere finanzielle Unterstützung unserer Integrationsbemühungen einsetzen, denn Integration kostet auf viele Jahre hinaus eine Menge Geld, sei es für die Unterkunft, sei es für Schul- und Kitaplätze, für Qualifizierungen, Sprachkurse, Beratung und Unterstützung.



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

- Wir stehen für ein grünes und klimafreundliches Bremen. Dazu gehört auch, dass wir die Verkehrswende vorantreiben, dass wir den Umweltverbund stärken – also Busse und Bahnen, Fahrrad- und Fußverkehr - und dabei nicht nur die Innenstadt, sondern alle Quartiere in den Blick nehmen. Wir wollen unsere Ziele nicht mit der Brechstange durchsetzen, sondern transparent und pragmatisch vorgehen. Wir setzen auf ein Miteinander der verschiedenen Mobilitätsformen, nicht auf ein Gegeneinander.
- Wir setzen uns für gutes und bezahlbares Wohnen ein und wollen städtebauliche Missstände in den Quartieren aktiv angehen. Deswegen prüft der Senat, ob die Grohner Düne zu einem vertretbaren Preis gekauft werden kann. Und deshalb wollen wir die Brebau zu einer echten Stadtentwicklungsgesellschaft weiterentwickeln.
- Wir werden alles Notwendige tun, um die Gesundheit Nord zu konsolidieren. Im Umfeld der bundesweiten Krankenhausreform stellen wir uns der schwierigen Aufgabe, eine gute medizinische Versorgung zu sichern und den kommunalen Klinikverbund zugleich auf wirtschaftlich tragfähige Füße zu stellen. Dazu werden wir auch schwierige Entscheidungen treffen müssen. Hierzu gehört zum Beispiel der Umzug des Herzzentrums am Klinikum Links der Weser in das Klinikum Mitte.
- Zusammenfassend gesprochen: Wir wollen lebendige Städte mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität, mit attraktiven Zentren und lebendigen Quartieren, einem breiten Sportangebot und einer inspirierenden Kulturszene.



Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,


wie schon in den vergangenen Jahren werden wir den skizzierten Weg nur schrittweise gehen können. Denn die Aufgaben sind groß, die finanziellen Mittel aber naturgemäß begrenzt. Deshalb können wir nicht alles auf einmal machen. Die Schritte werden mal größer und mal kleiner ausfallen. Wir haben allerdings den Anspruch, dass sie immer in die richtige Richtung führen und wir nicht stehen bleiben.

Um bei eng begrenzten Mitteln möglichst viel umsetzen zu können, müssen wir in der Verwaltung effizienter werden, flexibler und schneller. Wir werden auf mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie setzen, um den Staat unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig halten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Wohngeldstelle. Wir haben das Genehmigungsverfahren pragmatisch gestrafft und werden die Bearbeitungszeit damit spürbar verkürzen. Das kann und sollte ein Vorbild für andere Behörden sein.

Meine Damen und Herren in den Reihen der Opposition,

ich lade Sie deshalb herzlich ein: Kritisieren Sie uns, wo wir in Ihren Augen etwas falsch machen, bringen Sie eigene Ideen in die Diskussion mit ein – alles mit dem Ziel, das Beste für Bremen und Bremerhaven zu erreichen. Ich sage Ihnen zu: Wir werden keinen einzigen Vorschlag nur deshalb ungeprüft lassen, weil es nicht unser Vorschlag ist.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Es ist das gute Recht und auch die Pflicht der Opposition dem Senat und dem Bürgermeister die Leviten zu lesen, auch mit harten Worten. Schwierig wird es, wenn sie unsere beiden Städte öffentlich schlecht reden, nur um der Regierung eins auszuwischen. Unserem Gemeinwesen um des eigenen parteipolitischen Vorteil zu schaden, das sollte sich für eine demokratische Opposition verbieten.

 Regierungserklärung von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 6. September 2023 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Ende kommen mit einem oder besser mehreren  
Versprechen:

- Dieser Senat steht für ein wirtschaftlich starkes, soziales, ökologisches und sicheres Land Bremen.
- Wir haben einen klaren Plan für die Zukunft: Wir wollen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel nicht aufhalten, sondern aktiv gestalten. Wir suchen Lösungen, keine Probleme.
- Wir stehen für ein solidarisches und weltoffenes Gemeinwesen, in dem jeder Mensch gleiche Rechte und Chancen hat und niemand zurückgelassen wird.